

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG.

S. 9—14.

I

DIE JUDEN IN RUMÄNIEN BIS ZUM BERLINER VERTRAG (1878).

Geschichtliches. — Die historische Fälschung der Bezeichnung der rumänischen Juden als „Fremde“. — Die Juden in der Moldau und Walachei im 15. und 16. Jahrhundert. — Die jüdische Gemeindeorganisation im 17. und 18. Jahrhundert. — Die ursprüngliche Gleichberechtigung der rumänischen Juden laut der Konstantinopeler Konvention von 1856. — Die Aufhebung dieser Beschlüsse durch die Pariser Konferenz von 1858. — Der erfolglose Versuch des Fürsten Cuza, die rechtliche Lage der Juden bei der Verfassungsrevision von 1864 zu verbessern. — Die Abdankung Cuza's und die Thronbesteigung des Fürsten Carol 1866. — Beginn der rücksichtslosen „Fremdenpolitik“ gegenüber den eingeborenen Juden und die Einführung des Staatsantisemitismus. — Beginn der Judenverfolgungen. — Die „Judenetränkungen“ in Galatz 1867. — Die grosse Entrüstung in Europa. — Die Collectivnoten der europäischen Consuln.

S. 15—31.

II.

DER BERLINER VERTRAG.

Die Annahme des „Gleichberechtigungsparagraphen“ (§ 44) durch den Berliner Kongress 1878. — Genugtuung in Europa. — Die „Interpretationsversuche“ des Art. 44 von Seiten der rumänischen Regierung und der Protest der Signatarmächte. — Der „psychologische Moment“ und die Annahme des Art. 7 der rumänischen Verfassung am 13. October 1879. — Die Signatarmächte anerkennen die Unabhängigkeit Rumäniens unter Vorbehalt der Durchführung des § 44. — Die feierlichen Versicherungen der rumänischen Regierung. — Der Vertragsbruch Rumäniens und die Stempelung der eingeborenen Juden als „Fremde“.

Der Beginn der systematischen Verfolgungspolitik. — Die Anwendung des „Vagabunden- und Nihilistengesetzes“ gegen die Juden. — Die Massenvertreibungen von Juden aus Stadt und Land. — Die Ausweisung von Führern rumänischer Juden als „Nihilisten“ wegen ihrer Proteste gegen die Rechtlosigkeit der Juden. — Proteste der rumänischen Presse 1905 gegen die beibehaltene und fortgesetzte Anwendung des Nihilistengesetzes.

S. 32—43.

III.

Die Judenpolitik der rumänischen Regierung im Zusammenhang mit der Lage der Bauernbevölkerung. — Die Knechtung der Bauern durch die Bojaren und den Kleinadel. Die Ablenkungs- und Verhetzungspolitik. — Die Nationali-

sierungspolitik“ der rumänischen Regierung als „Bestechungsmittel“ gegenüber den Wählermassen.

Das reaktionäre politisch-parlamentarische Regime in Rumänien. — Die Parteien. — Der Antisemitismus der Parteicliquen. — „Das schwarze Hundert“ in Rumänien. — Die Anfänge des Sozialismus in Rumänien. — Die ersten Sozialisten. — Die Reorganisierung der rumänischen Sozialdemokratie unter Führung Dr. Rakowski's. — Die jüdisch-sozialistische Gruppe in Jassy. — Die Unterdrückung der Sozialdemokratie durch die rumänische Regierung. S. 44—55.

IV.

Die Anwendung veralteter Gesetze gegen die „Fremden“ seit der Verletzung des Berliner Vertrages. — Ihre Verschärfung durch zahlreiche Verordnungen und Reglements. — Ausschliessung der Juden aus fast allen Berufszweigen. — Die Sperrung der staatlichen Schulen für die jüdischen Kinder. — Einschränkungsgesetze gegen jüdische Arbeiter. — Die Massenauswanderung von 1887. — Leiden und Verfolgungen der Emigranten. — Korruption der Behörden. — Judengesetze als „finanzielles Manöver“.

Die Entrüstung in Europa wegen der rumänischen Judenverfolgungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. — Debatten in Parlamenten und Presse. — Die aufsehenerregende Intervention der amerikanischen Regierung. — Die Note des Staatssekretärs Hay an die Signatarmächte. — Fortsetzung der Judenverfolgungen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. S. 56—72.

V.

Die russischen Revolutionsjahre 1905—1906 und die Verhetzungspolitik der rumänischen Regierung. — Organisierung grosser judenfeindlicher Hetzcampagnen unter der Bauernbevölkerung. — Die Pogromunruhen von 1907 und der Bauernaufstand in der Moldau und Walachei. — Die blutige Unterdrückung des Bauernaufstandes. — Massenvertreibung der Juden aus den Dörfern und Landgemeinden unter der Maske der „Bauernberuhigung“. — Anwendung des „Nihilistengesetzes“ gegen jüdische Händler und Arbeiter. S. 73—82.

VI.

Neue Ausnahmegesetze gegen die Juden seit 1910. — Die Petition der Union der eingeborenen Juden 1912. — Der drohende Mangel an Arbeitskräften durch die Auswanderung und Vertreibung jüdischer Arbeiter. — Die Abweichungen von der Arbeitergesetzgebung gegen die „Fremden“ zum „Schutz der nationalen Industrie“. S. 83—89

VII.

DIE JUDENFRAGE IN RUMÄNIEN ZUR ZEIT DES BALKANKRIEGES
(1912—13).

Die Judenfrage in Rumänien während des Balkankrieges. — Eintritt Rumäniens in den Krieg gegen Bulgarien 1913 und die Judenfrage der annektierten Dobrudja. — Grosse Beteiligung der Juden am Kriege. — Die grossen Aktionen von Luigi Luzzatti und George Clémenceau zu Gunsten der rumänischen Juden. — Luzzattis Afrohlung der Frage wegen der Gültigkeit der Unabhängigkeitserklärung Rumäniens. — Stimmen der rumänischen Presse. — Der Buklarester Friede. S. 90—105.

VIII.

Der günstige „Umschwung“ in der Haltung der Regierung gegenüber den Juden. — Die Reden Lahovarys und Marghilomans im Senat. — Die Enquête der Union der eingeborenen Juden. — Die Konferenz der rumänischen Juden. — Die Zusage der Regierung betreffend die Naturalisierung der 20,000 jüdischen Kriegsteilnehmer. — Die Organisierung von antisemitischen Massenversammlungen im Lande gegen die Naturalisierung der jüdischen Soldaten. — Der Wortbruch der Regierung. — Das Spionagegesetz von 1913 als Verdächtigungsmittel gegen die jüdische Bevölkerung. S. 106—126.

IX.

DIE LAGE DER JUDEN IN RUMÄNIEN SEIT DEM AUSBRUCH DES WELTKRIEGES.

Die Judenvertreibungen während der Mobilisationszeit 1915 unter Anwendung des Spionagegesetzes. — Der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg August 1916 und die patriotische Haltung der Juden. — Unerbittliche Fortsetzung der „Ablenkungspolitik“. — Grausame Verfolgungen der Juden in der Moldau durch Militär- und Civilbehörden. — Die Befehle des Generalstabschefs General Presan. S. 127—150.

X.

Der Ausbruch der russischen Revolution und die unaufhörlichen Verbrechen gegen die Juden in Rumänien. — Eingreifen der russischen Regierung. — Bericht des Kopenhagener Bureau der Zionistischen Organisation. — Berichte der Odessaer Kommission. — Neue blutige Verbrechen der rumänischen Behörden. — Weitere Berichte. — Bericht des Jüdischen Pressbureaus in Stockholm und das Dementi der rumänischen Regierung. — Öffentliche Erklärung von Dr. Rakowski. — Irreführung der öffentlichen Meinung durch die rumänischen Diplomaten. — Die kommende Friedenskonferenz als die einzige Hoffnung der Juden. S. 151—191.